

solik aktuell



Jubelstimmung? Nicht gerechtfertigt

Der Ausbildungspakt wurde übererfüllt – den Jugendlichen ist damit nicht geholfen. Über 60.000 Unterstützer für Grundrecht auf Ausbildung.
Von **Marco Frank**

Endlich mal ein positiver Trend: Denn es haben sich über 60.000 Unterstützer für die Petition gefunden, die die DGB-Jugend, Landesschülervertretungen und andere Verbände mit ihrer Initiative »Ausbildung für alle«, die die Verankerung des Grundrechts für Ausbildung im Grundgesetz fordert, auf den Weg gebracht hat. Anfang März 2008 können nun Petition und Unterschriften dem Petitionsausschuss des Bundestages übergeben werden, wo es dann eine Anhörung geben wird.

Für dieses und andere Ziele – etwa die Umlagefinanzierung und qualifizierte Ausbildung für alle – muss jedoch weiter gekämpft werden: Denn die Situation auf dem Ausbildungsstellenmarkt ist erdrückend – auch wenn die Wirtschaft jubelt, das Paktjahr 2007 sei ein Rekordjahr, die Ausbildungslücke zwischen Bewerbern und Ausbildungsstellen geschlossen.

Und sogar eine Verkehrung der Verhältnisse tritt offensichtlich zutage: »Die Unternehmen«, verkündet Martin Wansleben,

NEUER VIDEOCLIP



160.000 Jugendliche mit jeweils 200 Bewerbungen – aber ohne Ausbildungsplatz: So sieht der Ausbildungsstellenmarkt aus. Der neue Videoclip der DGB-Jugend zeigt, was Adidas und Deutsche Bank-Chef Josef Ackermann damit zu tun haben.
www.dgb-jugend.de/ausbildung

Hauptgeschäftsführer des Deutschen Industrie- und Handelskammertages, »finden immer häufiger keine geeigneten Bewerber für ihre Ausbildungsangebote.«

Ein Traum für jeden Ausbildungsplatzsuchenden? Bei weitem gefehlt – das Gegenteil ist der Fall: Sicher, alle selbstgesteckten Ziele der Ausbildungspartner wurden erfüllt und sogar übererfüllt. Das ist erfreulich, doch bedeuten 90.000 neue Ausbildungsplätze noch lange nicht 90.000 zusätzliche Ausbildungsplätze. Viele Betriebe kommen hinzu, doch viele Betriebe ziehen sich auch aus der Ausbildung zurück.

Hinzu kommt, dass der größte Zuwachs an Ausbildungsplätzen außerbetrieblich – und damit staatlich finanziert – ist. Allein am Verhältnis von Schulabgängern zu Ausbildungsplätzen ist ablesbar, dass sich für die Jugendlichen keine Entspannung beim Thema Ausbildungsplatzsuche abzeichnet. Denn es ist immer noch so: Der Steigerung der Ausbildungsverträge steht eine wesentlich größere Nachfrage von jungen Menschen gegenüber. Das Angebot an betrieblichen Ausbildungsplätzen ist also weiter unzureichend.

Hinzu kommt, dass nach wie vor viele Altbewerberinnen und -bewerber aus den

vergangenen Jahren auf der Suche sind. Mit bundesweit rund 385.000 Personen stellen sie inzwischen mehr als die Hälfte aller registrierten Bewerber und Bewerberinnen.

Und: Nach wie vor verharrt der Anteil der Betriebe, der ausbildet, bei nur 24 Prozent. Selbst die Bundesregierung hat die schlechte Situation auf dem Ausbildungsstellenmarkt mit der Einführung des Ausbildungsbonus eingeräumt. Bis 2010 sollen damit rund 100.000 zusätzliche Ausbildungsplätze geschaffen werden.

Der Anspruch der Wirtschaft und die Wirklichkeit der Jugendlichen klaffen also weit auseinander. Noch immer schreiben Tausende von ihnen vergeblich Bewerbungen für einen Ausbildungsplatz. Von ausreichenden Perspektiven für eine berufliche Zukunft der Jugendlichen sind wir noch weit entfernt.

Dass freiwillige Vereinbarungen wie der Ausbildungspakt wenig taugen, um die Situation nachhaltig zu verbessern, zeigt die Jubelbilanz der Paktpartner, die in den Augen vieler jugendlicher bizarr klingen muss. [5]

Marco Frank ist politischer Referent der DGB-Jugend.



INHALT

3 projekte

Erfreuliche Jugend: Die Zahl junger Gewerkschafter steigt
Unzureichend: Die berufliche Qualifizierung benachteiligter junger Menschen

4 ausbildung + beruf

Erhebliche Unterschiede: Tarifliche Ausbildungsvergütungen 2007

5 thema

Gewalttätige Jugendliche?
Harte Fakten statt härter strafen

6 jav-ratgeber

Beschwerden erlaubt: Die JAV und das Gleichbehandlungsgesetz

7 bezirke + gewerkschaften

Chancen festschreiben: GEW und fzs warnen vor sozialer Ungleichheit

Mehr als Trinkgeld: Junge Leute im Gastrogewerbe und ihre Rechte

GESUNDHEIT!

Werde Dr. Azubi

Die Münchner Ausbildungsberatung Azuro bietet in Kooperation mit »Dr. Azubi« und dem DGB-Bildungswerk Bayern dieses Jahr eine Weiterbildung zum »Azubi-Coach« an. [5]

www.azubi-coach.com

Weiterbildung zum **azubi coach**

Der Azubi-Coach kennt alle rechtlichen Grundlagen der dualen Ausbildung und berät Azubis bei Problemen am Ausbildungsplatz.

Qualifizierung vom Bund

Ausbildungsinitiative ■ Die Bundesregierung hat im Januar 2008 eine Qualifizierungsinitiative beschlossen. Unter dem Titel »Aufstieg durch Bildung« hat die Bundesregierung Maßnahmen gebündelt mit dem Ziel, das Aus- und Weiterbildungswesen in Qualität und Wirkungsbreite zu verbessern und zur Sicherung von Wachstum und Beschäftigung in Deutschland beizutragen, wie es heißt.

Die Punkte der Qualifizierungsinitiative im Internet: www.bmbf.de/pub/qualifizierungsinitiative_breg.pdf

Wo sind Stipendien?

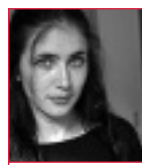
Studentenwerk mahnt ■ Das Deutsche Studentenwerk kritisiert, dass in den sieben Bundesländern mit Studiengebühren noch immer keine Stipendienprogramme zur sozialen Abfederung aufgelegt wurden. Das Bundesverfassungsgericht habe den Ländern 2005 auferlegt, ihre Studiengebührenmodelle sozialverträglich zu gestalten, die Antwort der Länder seien nur Studiengebühren-Darlehen, jedoch nicht die angekündigten Stipendienprogramme gewesen. Die soziale Ungleichheit, die in der Schule ihren Ausgang nehme, werde durch Studiengebühren forciert.

Derzeit studieren von 100 Kindern aus Akademiker-Familien 83, bei Familien ohne akademischen Hintergrund sind es nur 23.

www.studentenwerke.de

Studium belastet

Psychische Leiden ■ Laut Techniker-Krankenkasse gibt es einen Trend zur Verschreibung von Psychopharmaka an Studierende: Nahezu 40% der befragten Studierenden litten laut eigener Aussage an Nervosität, Konzentrationsschwierigkeiten, Stimmungsschwankungen und Depressionen. Die Gründe: Zeitstress, Hektik, fehlende Rückzugsmöglichkeiten und minimaler Praxisbezug im Studium.



J. Heyser

Jessica Heyser von der DGB-Jugend: »Für viele Studierende ist es einfach zu viel, ‚Vollzeit‘ in überlaufenen Studiengängen zu studieren und sich nebenbei noch den Lebensunterhalt zu verdienen.

So kann leicht eine 60- bis 80-Stunden-Woche entstehen.«

Die DGB-Jugend fordert die Entstraffung des Studiums, eine bessere Betreuungssituation an den Unis und gesicherte Studienfinanzierung.

Die Studie im Internet: www.dgb-jugend.de/studium/meldungen/doping_fuer_den_kopf

Staatlicher Rückzug

Kinder- und Jugendhilfe ■ Die Zahl der Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland – ohne Kindertagesbetreuung – hat sich zum Jahresende 2006 gegenüber 2002 um rund 4% erhöht. Insgesamt gab es rund 28.200 Einrichtungen für Heim-erziehung und Jugendarbeit.

Die Zahl der Einrichtungen in öffentlicher Trägerschaft sank um rund 5%, die freien Träger betrieben dagegen rund 8% mehr Einrichtungen als vier Jahre zuvor.

Infos: www.destatis.de/publikationen

AEVO online

BIBB-Zahlen ■ Die Ergebnisse der Studie des Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) zu den negativen Folgen der Aussetzung der Ausbilder-Eignungsverordnung (vgl. Soli 10-2007) sind nun im Internet abrufbar.

www.bibb.de/bibbreport

Nur verschoben

Ausbildungsverträge im Dienstleistungsbereich ■ Rund zwei Drittel aller Auszubildenden absolvieren heute ihre Ausbildung in der Dienstleistungsbranche. 1980 betrug der Bestand an Ausbildungsstellen im privatwirtschaftlichen Dienstleistungssektor lediglich 38% und im öffentlichen bzw. Non-Profit-Sektor insgesamt 11%.

Werden statt der Wirtschaftssektoren die Berufe herangezogen, so hat es auch hier eine deutliche Verschiebung hin zu den Dienstleistungsberufen gegeben. So werden mittlerweile rund 57% aller Ausbildungsverträge in diesem Bereich abgeschlossen. Verluste an betrieblichen Ausbildungsplätzen in traditionellen Bereichen können so aber nur teilweise kompensiert werden.

Literatur: Günter Walden (Hg.): *Qualifikationsentwicklung im Dienstleistungsbereich*, W. Bertelsmann-Verlag, Bielefeld 2007, 292 S., 19,90

Deutlich gesunken

Zahl der Asylbewerber ■ Die Zahl der Asylbewerber in Deutschland ist 2007 erneut deutlich gesunken. Nach Angaben des Bundesinnenministeriums wurden im vergangenen Jahr rund 19.160 Asylanträge gestellt, knapp 9% weniger als 2006. Die meisten Asylbewerber kamen wegen der schlechter gewordenen Sicherheitslage aus dem Irak. Ihre Zahl verdoppelte sich auf rund 4.300 (plus 104%).

Die Chance, in Deutschland Asyl zu erhalten, blieb 2007 gering: Nur 1,1% aller Antragsteller wurden als asylberechtigt anerkannt.

Umwidmung

Zivildienst ■ Zivildienstleistende sollen nach den Plänen des Familienministeriums ihren neunmonatigen Dienst freiwillig um bis zu sechs Monate verlängern können. So sollen Wartezeiten bis zum Beginn des Studiums oder der Ausbildung überbrückt werden.

Die DGB-Jugend lehnt den Vorschlag ab: Ein freiwillig verlängerter Zivildienst sei ungeeignet, für ehemalige Zivildienstleistende neue befristete Arbeitsverhältnisse im sozialen Bereich zu schaffen.

www.dgb-jugend.de/themen/kriegsdienstverweigerung_zivildienst/verlaengerung_kostet_tarifgebundene_stellen

Gute Arbeit?

Von wegen! ■ Fast jeder vierte Beschäftigte in der Europäischen Union leidet unter arbeitsbedingtem Stress. Häufigste Auslöser sind unsichere Arbeitsverhältnisse, Termindruck, unflexible und lange Arbeitszeiten sowie Mobbing, heißt es in einer Untersuchung der Europäischen Beobachtungsstelle für berufsbedingte Risiken.

Stress ist demnach das zweithäufigste arbeitsbedingte Gesundheitsproblem. 2005 waren 22% der europäischen Arbeitnehmer betroffen: Bis zu 60 Prozent aller versäumten Arbeitstage seien auf Stress zurückzuführen. Die Kosten, die der Wirtschaft in Verbindung mit arbeitsbedingtem Stress entstehen, beliefen sich schon 2002 in den damals noch 15 EU-Ländern auf 20 Mrd. Euro. Eine ständige Verbesserung der psychosozialen Arbeitsumgebung sei notwendig, damit hochwertige Arbeitsplätze geschaffen würden und die Mitarbeiter gesundblieben.

Weitere Infos: <http://osha.europa.eu/>

Ohne Abitur

SPD fordert Regelung ■ Die Vorsitzende des Bildungsausschusses im Bundestag, **Ulla Burchardt** (SPD), hat die Bundesregierung aufgefordert, die Länder beim Thema Hochschulzugang für Berufstätige in die Pflicht zu nehmen. Notwendig sei eine bundeseinheitliche Regelung, wie qualifizierte Berufstätige auch ohne klassisches Abitur Zugang zu einem Studium finden können.

Personal

André Schnabel, 30, ist neuer DGB-Bezirksjugendsekretär in Sachsen. Er löst **Ivo Luck** ab, der aus den Diensten des DGB ausgeschieden ist.



A. Schnabel

Erfreuliche Jugend

Trotz Rückgang: Die Gewerkschaften beurteilen die Mitgliederentwicklung weitgehend positiv, eine Trendwende steht bevor. Vor allem die Jugend legt zu.

Im Jahr 2007 hat sich der Mitgliederderrückgang im DGB erneut weiter abgeschwächt: Die absolute Zahl der Mitglieder sank um 145.000, das waren 2,2%. Im Jahr 2006 waren es noch 2,6 Prozent. Ende 2007 zählten die DGB-Gewerkschaften zusammen 6.441.045 Mitglieder.

Der DGB wertet die Zahlen als Hinweis auf eine bevorstehende Trendwende hin zu einer wieder positiven Mitgliederentwicklung. »Einige erfreuliche Tendenzen lassen darauf schließen, dass der Mitgliederschwund künftig ganz gestoppt werden kann«, heißt es dazu in einer Erklärung.

Einige Gewerkschaften stünden bundesweit kurz vor einer positiven Mitglie-

DGB-GEWERKSCHAFTEN: MITGLIEDER IM JUGENDBEREICH 2007				
Gewerkschaft	Mitglieder bis einschl. 27 Jahre zum 31.12. 2007	Entwicklung gegenüber 2006 in %	Anteil der Mitglieder bis einschl. 27 in %	Anteil Frauen in %
GdP	18.393	-4,1	10,9	21,5
GEW	9.507	+11,6	3,8	69,2
IG BAU	35.019	-6,2	10,0	17,3
IG BCE	68.266	+9,3	9,6	19,2
IG Metall	201.872	+3,0	8,8	17,9
NGG	16.251	+1,3	7,8	39,8
Transnet	10.145	-8,1	4,2	21,2
ver.di	106.339	-4,9	4,8	49,9
DGB-Jugend insgesamt	465.791	+1,2	7,2	31,9

derentwicklung und hätten diese regional bereits erreicht. Zudem gebe es Neueintritte von täglich 785 Beschäftigten und eine wachsende Zahl junger Mitglieder bis 27 Jahre. Ihr Anteil stieg von sieben auf 7,2%. Zuwächse konnten die Einzelgewerkschaf-

ten GEW, IG BCE, IG Metall und NGG verbuchen. Nach DGB-Zahlen konnten z.B. im IG Metall-Bezirk Bayern 19.065 neue Mitglieder gewonnen werden. Davon kamen fast die Hälfte aus dem Bereich der Gewerkschaftsjugend. [5]

Zur Zeit unzureichend

Das BIBB hat Vorschläge für die berufliche Qualifizierung benachteiligter junger Menschen verabschiedet.

Der Hauptausschuss des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB) hat im Januar 2008 eine Empfehlung zu einer internationalen Vergleichsstudie in der Berufsbildung (»Berufsbildungs-Pisa«) verabschiedet. In ihrem Beschluss unterstützen die Beauftragten der Arbeitgeber, der Arbeitnehmer und der Länder »grundsätzlich die Initiative des Bundesministeriums für Bildung und Forschung, die Qualität beruflicher Bildung international vergleichend auf den Prüfstand zu stellen«.

Ein Großteil der für Deutschland typischen dualen Ausbildung findet in modernen betrieblichen Arbeits- und Geschäftsprozessen statt. Verfahren, die die Ergebnisse solcher Lernprozesse bewerten und berufliche Handlungskompetenz angemessen berücksichtigen, seien bisher noch unterentwickelt. Die duale Berufsausbildung werde somit zugunsten einer schulisch-akademischen Wissensvermittlung – gerade auch mit Blick auf die überwiegend schulisch geprägten Ausbildungssysteme in Europa – benachteiligt.

In internationalen Vergleichsuntersuchungen zur Berufsbildung müsse der

Schwerpunkt auf die Kompetenzmessung im realen Arbeitsprozess gelegt werden. Nur so könnten die verschiedenen Formen beruflicher Bildung und Qualifizierung angemessen eingeschätzt werden. Gefordert: eine nationale Bildungsinitiative »Schul- und Berufsabschluss für Alle«.

Bei der Gewerkschaftsjugend finden die Vorschläge offene Ohren. DGB-Jugend-Aus-

bildungsexperte Marco Frank: »Auch wir sind dafür, dass die duale Ausbildung erhalten bleibt und »benachteiligte« junge Menschen nicht aus dem dualen System gedrängt werden. Eine Förderung unter hohen Qualitätsstandards mit dem Ziel der schnellstmöglichen Einmündung in eine betriebliche Ausbildung sollte das gemeinsame Ziel aller Akteure sein.« [5]

HANDLUNGSVORSCHLÄGE

Das will das BIBB

Die Grundidee der Handlungsvorschläge ist eine umfassende »Dualisierung« der beruflichen Förderung von Benachteiligten. Berufliche Qualifizierung und Integration junger Menschen muss als gesamtgesellschaftliche Aufgabe erkannt und finanziert werden.

Ein System der beruflichen Integrationsförderung benötigt ein durchgängiges Beratungs- und Begleitungssystem sowie zusammenhängende Förderwege auf den vier Ebenen:

- Berufsorientierung
- Berufsausbildungsvorbereitung
- Berufsausbildung und

- Nachqualifizierung junger Erwachsener.

Die entsprechenden Handlungsziele sind:

- Begleitung der individuellen Förderverläufe
- Festlegung gemeinsamer Qualitätsstandards und Steuerungselemente
- Berücksichtigung von Querschnittsthemen (z.B. Geschlechtergerechtigkeit, Berücksichtigung des Migrationshintergrunds)
- Aufbau eines regionalen, transparenten Bildungsmanagements
- Verknüpfung der verschiedenen Lernorte untereinander, vor allem mit dem Lernort Betrieb als gleichberechtigte Partner, die ihre jeweiligen Stärken einbringen. Doppelförderungen sind zu vermeiden. [5]

www.bibb.de/de/31435.htm

Erhebliche Unterschiede

Die tariflichen Ausbildungsvergütungen 2007: Stärkerer Anstieg als im Vorjahr.

Brutto 644 Euro im Monat verdienen die Azubis 2007 durchschnittlich in Westdeutschland. Die tariflichen Ausbildungsvergütungen erhöhten sich im Schnitt um 2,4 Prozent und damit stärker als 2006 (ein Prozent).

In Ostdeutschland stiegen die tariflichen Ausbildungsvergütungen 2007 um 2,8 Prozent auf durchschnittlich 551 Euro im Monat – was ebenfalls eine stärkere Zunahme als im Jahr zuvor bedeutet (1,3 Prozent).

Dabei hat sich der Abstand zum westlichen Tarifniveau leicht vermindert: 2007 wurden im Osten 86 Prozent der westlichen Vergütungshöhe erreicht, während es in den Jahren davor – seit 2001 – jeweils 85 Prozent waren.

Für das gesamte Bundesgebiet lag der tarifliche Vergütungsdurchschnitt 2007 bei 628 Euro pro Monat und damit um 2,5 Prozent über dem Vorjahreswert (613 Euro).

Die mit Abstand höchsten Ausbildungsvergütungen wurden in West und Ost im Beruf Binnenschif-

fer/Binnenschifferin mit jeweils 925 Euro pro Monat erzielt. Hohe Vergütungen sind seit langem auch in den Berufen des Bauhauptgewerbes (zum Beispiel Maurer/Maurerin) tariflich vereinbart. Sie betragen 2007 im Westen 859 Euro und im Osten 679 Euro pro Monat. Ebenfalls hoch waren die Vergütungen in West- und Ostdeutschland mit jeweils 817 Euro im Beruf Kaufmann/Kauffrau für Versicherungen und Finanzen.

Eher niedrige Ausbildungsvergütungen wurden zum Beispiel in den Berufen Maler und Lackierer/Malerin und Lackiererin (West: 399 Euro, Ost: 373 Euro), Friseur/Friseurin (West: 419 Euro, Ost: 266 Euro), Flo-

rist/Floristin (West: 424 Euro, Ost: 312 Euro) und Bäcker/Bäckerin (West: 457 Euro, Ost: 351 Euro) gezahlt.

In Westdeutschland bewegten sich die Vergütungen für 62 Prozent der Auszubildenden zwischen 500 Euro und 749 Euro. Weniger als 500 Euro erhielten zehn Prozent der Auszubildenden, wobei Vergütungen unter 400 Euro selten waren. 750 Euro und mehr gingen an 28 Prozent der Auszubildenden. In Ostdeutschland waren für 42 Prozent der Auszubildenden Vergütungen von 500 Euro bis 749 Euro zu verzeichnen. Unter 500 Euro lagen die Vergütungen für 46 Prozent der Auszubildenden, für 13 Prozent sogar unter 400 Euro. Zwölf Prozent der Auszubildenden erreichten 750 Euro und mehr.

Im Westen kamen männliche Auszubildende auf durchschnittlich 659 Euro, weibliche auf 620 Euro. Im Osten betrug der Durchschnitt für männliche Auszubildende 564 Euro und für weibliche 527 Euro.

Junge Frauen sind häufiger in Berufen mit einer niedrigeren Ausbildungsvergütung anzutreffen als junge Männer – darauf kann sich die deutsche Wirtschaft verlassen: Dieser Unterschied besteht jedes Jahr. [S](#)



BAföG und Versicherungen

Schüler, studierende Mütter, Migranten: Die wichtigsten Änderungen im Ausbildungssektor 2008.

Gute Nachricht für SchülerInnen und Studierende: Das BAföG steigt ab August bzw. Oktober (je nach Beginn des Schuljahres oder des Semesters) 2008 um zehn Prozent.

Ab August bzw. ab Oktober gilt auch eine neue Bemessungsgrenze beim elternabhängigen BAföG: Ein Kind hat z.B. Anspruch, wenn es das Fachgymnasium besucht oder studiert und die Eltern zusammen weniger als 1.555 Euro netto pro Monat verdienen und kein weiteres Kind haben, das studiert oder eine weiterführende Schule besucht. Bisher lag die Grenze bei 1.440 Euro.

Studierende mit Kindern dürfen sich ebenfalls freuen: Sofern sie BAföG beziehen, können sie für ihr Kind oder ihre Kinder einen Kinderzuschlag beantragen (sogar rückwirkend ab Dezember 2007). Für das erste Kind zahlt das BAföG-Amt 113 Euro, für weitere Kinder jeweils 85 Euro pro Monat.

Eine studierende Mutter oder ein studierender Vater bekommt aber nur Geld, wenn das Kind mit im Haushalt lebt und unter zehn Jahre alt ist. Achtung: Der bisherige Teilerlass bei Rückzahlung des BAföGs für studierende Mütter oder Väter fällt aufgrund des neuen Zuschusses ab Januar 2010 weg.

Neu ist auch, dass man als BAföG-Empfänger ohne Einbußen ab August bzw. Oktober 400 Euro dazuverdienen darf. Und dass man BAföG beantragen kann, wenn man sein Studium in einem anderen Staat der EU beginnt. Bisher musste man ein Jahr in Deutschland studiert haben.

Noch etwas ändert sich: Bislang hing die Ausbildungsförderung – sowohl BAföG als auch die Berufsausbildungsbeihilfe (BAB) – für junge MigrantInnen davon ab, ob die Eltern vorher in Deutschland gearbeitet haben. Das ist jetzt nicht mehr das Kriterium –

sondern in erster Linie, ob der Azubi, die Schülerin oder der Student eine Aufenthalts- oder Niederlassungserlaubnis hat.

Stichwort Sozialversicherung: Auch hier gibt es Änderungen. Seit dem 1. Januar 2008 beträgt der Beitrag zur Arbeitslosenversicherung 4,2 statt 3,3 Prozent, der Anteil von Arbeitgeber und Arbeitnehmer sinkt gleichermaßen um 0,45 Prozentpunkte.

Ab 1. Juli 2008 steigt dafür der Beitrag zur Pflegeversicherung um 0,25 Prozentpunkte von 1,7 auf 1,95 Prozent. Auch diese Steigerung teilen sich Arbeitnehmer und Arbeitgeber. Kinderlose ab 24 Jahre zahlen weiterhin einen Aufschlag von 0,25 Prozentpunkten.

Keine Änderung gibt es bei den Beiträgen zur gesetzlichen Krankenversicherung (je nach Kasse zwischen etwa zwölf und 16 Prozent) und Rentenversicherung (19,9 Prozent). [S](#)

Perspektive statt Zwang

Angebliche Jugendgewalt mag sich für Wahlkämpfe schon nicht besonders eignen. Gewerkschafter thematisieren lieber soziale Ursachen und harte Daten. Denn Deutschland hat ein Bildungsproblem.

Perspektiven für Jugendliche statt Erziehungslager« – so fasst die ver.di-Jugend die Debatte um angebliche Jugendgewalt der letzten Wochen zusammen. Diese Diskussion lenke von wirklich drängenden Problemen der Jugendlichen ab – der jungen Generation fehle es in erster Linie an Perspektiven.

Was die Zukunftschancen von Migrantenkindern angeht, kommt auch die letzte Pisa-Studie vom 4. Dezember 2007 zu einem ähnlichen Ergebnis: Von allen Ländern, die bei der Studie teilgenommen haben, ist Deutschland weiterhin das Land mit den stärksten migrationsbedingten Unterschieden, insbesondere bei den Jugendlichen der so genannten zweiten Generation: Obwohl sie in Deutschland geboren sind, sind die Leistungen dieser Jugendlichen schlechter als die ihrer erst kürzlich zugewanderten Mitschüler.

Nach Zahlen des Statistischen Bundesamtes besuchten 2007 von den Ausländern an Deutschlands allgemeinbildenden Schulen nur zwölf Prozent ein Gymnasium. Dagegen gingen etwa 20 Prozent zur Haupt- und elf Prozent zur Realschule. Zum Vergleich: Von den deutschen Schülern waren 28 Prozent auf dem Gymnasium, jedoch nur neun Prozent auf der Hauptschule.

Nicht nur in der Schule, sondern auch auf dem Ausbildungsstellenmarkt sind Mig-

ranten benachteiligt, wie die IG Metall im Januar 2008 in ihrer jüngsten Auswertung des Geschehens auf dem Ausbildungsstellenmarkt belegt.

Im September 2007 hatten 295.417 junge Menschen keinen betrieblichen Ausbildungsplatz. Jugendliche mit Migrationshintergrund sind davon überdurchschnittlich betroffen. (vgl. Soli 12-2007)

41 Prozent von ihnen haben keine Berufsausbildung, während dieser Anteil bei gleichaltrigen Deutschen nur bei 15 Prozent liegt. Allein zwischen 1994 und 2005 hat

Zwischen 1994 und 2005 hat sich die Zahl der Auszubildenden aus Migrantenfamilien halbiert...

sich die Zahl der Auszubildenden aus Migrantenfamilien halbiert, obwohl ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung weitgehend konstant geblieben ist.

»Verwunderlich ist dann auch nicht, dass jeder zweite Altbewerber aus einer Migrantenfamilie stammt«, stellt die DGB-Jugend fest. 55 Prozent der Bewerber aus Migrantenfamilien sind Altbewerber (ohne Migrationshintergrund 45 Prozent).

Die schwierige Lage auf dem Ausbildungsstellenmarkt trifft also Bewerber mit Migrationshintergrund besonders: Von den 182.000 Suchenden mit Migrationshintergrund im Jahr 2006 haben nur 52.500 eine betriebliche duale Ausbildung begonnen. Von den Bewerbern ohne Migrationshintergrund finden 40 Prozent einen betrieblichen Ausbildungsplatz, von denjenigen mit Migrationshintergrund nur 29 Prozent.

Das bedeutet: Weniger als ein Drittel der Bewerber mit Migrationshintergrund

gelangt in das duale Berufsausbildungssystem. Fast genauso viele Bewerber mit Migrationshintergrund, 28 Prozent, sammeln sich in Warteschleifen, die nicht zu einem Berufsabschluss führen.


Selbst ein wiederholter Besuch z.B. einer berufsvorbereitenden Maßnahme, die die schulischen Voraussetzungen verbessert, trägt eher zur Verfestigung der Übergangsprobleme bei, ohne dadurch die Aussicht auf eine abschlussbezogene berufliche Qualifizierung deutlich zu erhöhen.

Die schwierige Situation an der Schnittstelle Schule – Ausbildung zeigt sich auch darin, dass 22 Prozent der Bewerber mit Migrationshintergrund nicht einmal in eine Grundbildung einmünden, sondern arbeitslos sind oder jobben – deutlich häufiger als diejenigen ohne Migrationshintergrund.

Fazit: Die Ausbildungschancen junger Menschen mit Migrationshintergrund haben

...obwohl ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung weitgehend konstant geblieben ist.

sich im vergangenen Jahrzehnt überproportional verschlechtert. Geplante Ausbildungssubventionen bleiben zweifelhaft, die Umlage-Finanzierung gehört auf die Tagesordnung. »Junge Menschen mit Migrationshintergrund«, schreibt die IG Metall äußerst kritisch, »sind noch kein integraler Bestandteil des Bildungssystems.«

Um Schülern aus Familien mit Migrationshintergrund oder aus sozial schwachen Familien bessere Zukunftschancen zu bieten, fordert die DGB-Jugend schon seit langem das Ende des selektiven Schulsystems und den Aufbau einer Schulform, in der starke und schwache Schüler zusammen lernen. 

Der Bericht der IG Metall im Internet: www.dgb-jugend.de/ausbildung/meldungen/keine_chance_fuer_cem

JUGENDSTRAFRECHT

Gesetze verschärfen? Ursachen beseitigen!


Von **Detlef Raabe**

Wären Politikerinnen und Politiker bei der Förderung und Unterstützung von Kindern und Jugendlichen so schnell und entschlossen wie bei der Forderung nach Sanktionierung und Verschärfung der gesetzlichen Bestimmungen, wären Kinderfeindlichkeit, Kinder- und Jugendarmut, aber auch Jugendkriminalität keine größeren Probleme in unserem Land.

Das vorhandene Jugendstrafrecht bietet ausreichende Möglichkeiten, Straftaten von Jugendlichen zu ahnden. Von daher ist keine Verschärfung der vorhandenen Gesetzeslage notwendig. Eher ist zu überlegen, ob junge Straftäter noch stärker durch Jugendsozialarbeit begleitet werden müssen.

Viel wichtiger ist, die präventive Arbeit der Kinder- und Jugendhilfe zu stärken. Straftaten von Kindern und Jugendlichen haben Ursachen. Wir müssen diese Ursachen von Jugendkriminalität wie Kinderarmut, Chancen- und Perspektivlosigkeit von Jugendlichen beseitigen, um die

Problemlage frühzeitig in den Griff zu bekommen.

Die Kinder- und Jugendhilfe sowie die außerschulische Jugendarbeit sind hier gute und effektive Instrumente, um solche Bemühungen zu unterstützen. Aber dann darf man in diesem Bereich nicht den Rotstift ansetzen, wie dies auf allen Ebenen getan wird, sondern muss in die Zukunft unseres Landes investieren und die Förderung deutlich ausbauen. 

Detlef Raabe ist Vorsitzender des Deutschen Bundesjugendrings.



Beschwerden erlaubt

**Neue Aufgabe für die JAV:
Die Kontrolle der Einhaltung
des Allgemeinen Gleich-
behandlungsgesetzes.**

Eine der Hauptaufgaben jeder Jugend- und Auszubildendenvertretung (JAV) ist es, darauf zu achten, ob die für Jugendliche und Azubis geltenden Vorschriften und Gesetze auch von der Arbeitgeberseite eingehalten werden. Zu den zu überwachenden Gesetzen zählten bisher in erster Linie das Berufsbildungsgesetz sowie das Jugendarbeitsschutzgesetz.


Das ist nun anders: Denn seit 2006 gehört dazu auch das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG). Mit dem das gesamte Arbeitsrecht durchziehenden AGG, dessen Inhalt weder vollständig noch teilweise durch Arbeits- oder Tarifverträge ausgeschlossen werden kann, will der Gesetzgeber jegliche Benachteiligung aus den folgenden Gründen verhindern und beseitigen – wegen:

- der so genannten Rasse
- der ethnischen Herkunft
- des Geschlechts
- der Religion
- der Weltanschauung
- einer Behinderung
- der sexuellen Identität
- des Alters.

Gerade der letzte Punkt ist für die Arbeit der JAV wichtig: Wegen des Lebensalters darf also niemand in der Arbeitswelt unmittelbar oder mittelbar benachteiligt werden. Liegt eine entsprechende Benachteiligung vor, so ist dies immer als Verletzung arbeitsvertraglicher Pflichten des Arbeitgebers zu bewerten. Bestimmungen in Vereinbarungen sind grundsätzlich als rechtsunwirksam anzusehen.

O-TON

§ 13 Beschwerderecht

(1) 1. Die Beschäftigten haben das Recht, sich bei den zuständigen Stellen des Betriebs, des Unternehmens oder der Dienststelle zu beschweren, wenn sie sich im Zusammenhang mit ihrem Beschäftigungsverhältnis vom Arbeitgeber, von Vorgesetzten, anderen Beschäftigten oder Dritten (...) benachteiligt fühlen (...) 

Aus: Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz. Der ganze Text im Internet: www.gesetze-im-internet.de/agg/

Allerdings steckt auch hier wieder der Teufel im Detail: Der Gesetzgeber hat ausdrücklich Rechtfertigungsmöglichkeiten für eine Ungleichbehandlung auch gerade aufgrund des Alters vorgesehen.

So ist zwar die Festlegung eines Höchstalters für eine beabsichtigte Einstellung bzw. Stellenbesetzung oder aber eine Altersgrenzenregelung für die Beendigung eines Arbeitsvertrages durchaus als eine Ungleichbehandlung anzusehen. Sie können jedoch im Einzelfall gerechtfertigt sein. Genauso sind so genannte positive Maßnahmen zulässig, wie z.B. die Verabschiedung eines Frauenförderplans oder die vorrangige Berücksichtigung von schwer behinderten Bewerbern – aber natürlich nur bei gleicher Qualifikation.

Neben Benachteiligungen sollen mit dem AGG auch sexuelle und andere Belästigungen verhindert und sanktioniert werden. Neu ist hier, dass auch Mobbing und Bossing bekämpft werden sollen. Ein Beispiel für Belästigung ist, wenn grundsätzlich im Betrieb nur die Auszubildenden bzw. junge Leute vom Chef oder Ausbilder geduzt werden.

Für den Arbeitgeber ergeben sich aus dem AGG eine Reihe von Pflichten:

Er muss erforderliche Maßnahmen zum Schutz vor etwaigen Benachteiligungen durch Vorgesetzte und andere Mitarbeiter, aber auch Kunden schaffen. Bei Verstoß von Beschäftigten gegen das Benachteiligungsverbot ist die Arbeitgeberseite gehalten, die im einzelnen Fall geeigneten erforderlichen und angemessenen Maßnahmen zur Unterbindung zu ergreifen (z.B. Mitarbeitergespräch, Ermahnung, Abmahnung, Versetzung, Kündigung).

Auch ist die Arbeitgeberseite verpflichtet, die Beschäftigten in geeigneter Art und Weise (Intranet/Schwarzes Brett) auf die Unzulässigkeit von Benachteiligung hinzuweisen – und auch, um dem Präventionsgedanken Genüge zu tun, entsprechende Schulungsveranstaltungen über den Inhalt des AGG durchzuführen.

Nicht vergessen

Der Arbeitgeber ist verpflichtet, eine Beschwerdestelle einzurichten, so dass die Beschäftigten im Fall des Falles neben dem Betriebsrat noch eine weitere Option haben, gegen Benachteiligungen vorzugehen.

Hinweis I

Bundesweit wird derzeit vor den Arbeitsgerichten darüber gestritten, ob dem Betriebsrat hinsichtlich der Zusammensetzungen dieser AGG-Beschwerdestelle ein Mitbestimmungsrecht zusteht oder nicht.

Allen Beschäftigten, also nicht nur klassischen Arbeitnehmern und Azubis, sondern auch Praktikanten, Teilnehmern an Einstiegsqualifizierung etc. steht neben dem Beschwerderecht im Einzelfall auch – und das bringt Arbeitgeber dann zum Schwitzen – ein Anspruch auf Schadensersatz bzw. Entschädigung zu. JAV und Betriebsrat sind berechtigt, Beschäftigte auf diese Ansprüche hinzuweisen.

Mal beim Betriebsrat nachfragen, ob die Arbeitgeberseite die Vorgaben aus dem AGG auch realisiert hat.


Hinweis II

Tipp: Kontrolliert die geltenden Tarifverträge und Betriebsvereinbarungen, ob sie eine Alterdiskriminierung enthalten!

§ 622 Abs. 2 S. 2 des Bürgerlichen Gesetzbuches (BGB) enthält die Regelung, wonach Beschäftigungszeiten vor Vollendung des 25. Lebensjahres des Arbeitnehmers bei der Berechnung seiner Kündigungsfrist nicht zu berücksichtigen sind. In seiner Entscheidung vom 24. Juli 2007 hat das Landesarbeitsgericht Berlin-Brandenburg (Az.: 7 Sa 561/07) die Auffassung vertreten, dass diese Regelung unwirksam ist. Gleiches gilt für die entsprechenden Bestimmungen in Tarifverträgen.

Ebenfalls in der Diskussion ist die Frage, ob eine im Tarifvertrag enthaltene Staffelung der Vergütung ausschließlich nach Lebensalter eine direkte Benachteiligung nach AGG darstellt.

Es soll auch tatsächlich immer noch Regelungen geben, wonach junge Leute, welche in den Betrieb einsteigen, automatisch, wenn sie das 25. Lebensjahr vollendet haben, mehr Vergütung erhalten als jüngere.

Man sieht, wie es früher einmal in der Werbung hieß: Es gibt viel zu tun, packen wir es an – in den nächsten Jahren wird die Arbeitsgerichtsbarkeit häufig Gelegenheit haben zu prüfen, ob im Einzelfall eine Benachteiligung aufgrund des Alters vorliegt oder nicht – bzw. ob eine solche Benachteiligung unter Umständen gerechtfertigt ist. 



Der JAV-Ratgeber.
Mit Rechtsanwalt Wolf-
Dieter Rudolph, Berlin

Chancen festschreiben

GEW und fzs warnen auf gemeinsamem Kongress vor sozialer Ungleichheit.

Soziale Öffnung der Hochschulen und Verbesserung der Beschäftigungsbedingungen für Wissenschaftler – das sind die zentralen Schlussforderungen der GEW und des freien Zusammenschlusses von studentInnenschaften (fzs) nach der Fachtagung »Die soziale Dimension im Bologna-Prozess«, die beide Organisationen am 17. und 18. Januar 2008 gemeinsam in Berlin veranstaltet haben.


Imke Buß vom fzs-Vorstand kritisierte die immer größer werdende Chancengleichheit im deutschen Bildungssystem. »Der große Mangel an Studienplätzen muss endlich angegangen werden. Die derzeitige Untätigkeit vieler Landesregierungen hindert viele junge Menschen daran, ihr Berufsziel zu erreichen.«

Dies – ebenso wie die Abschreckungseffekte durch Verschuldung – gelte im besonderen Maße für Kinder mit niedriger sozialer Herkunft. Die Studienfinanzierung

solle als Vollzuschuss und elternunabhängig gewährt werden.

Andreas Keller, im GEW-Vorstand für Hochschule und Forschung verantwortlich, monierte, dass die Arbeitsbedingungen des Hochschulpersonals immer noch nicht auf der Agenda des Bologna-Prozesses stünden. Außerdem dürfe der Schutz sozialer Sicherungssysteme nicht vor nationalen Grenzen Halt machen, sondern müsse von Wissenschaftlern ins Ausland mitgenommen werden können. Keller: »Darüber hinaus muss die Promotion als erste Phase wissenschaftlicher Arbeit anerkannt, Doktorandinnen und Doktoranden müssen die gleichen Rechte wie promovierten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern gegeben werden.«


GEW und fzs führten die Fachtagung im Rahmen des DAAD-Projekts »Promoting Bologna in Germany« mit Unterstützung der Europäischen Kommission und des Bundesministeriums für Bildung und Forschung durch. »Wir fordern Bund und Länder auf, im Aktionsplan zur sozialen Dimension wirkliche Maßnahmen zur Verbesserung der Chancengleichheit festzuschreiben«, er-

klärten Buß und Keller, beide Bologna-Experten im Rahmen des DAAD-Projekts. Sie erinnerten an die im Mai 2007 in London eingegangene Verpflichtung, bis zur nächsten Bologna-Konferenz 2009 in Leuven einen Aktionsplan zur Stärkung der Chancengleichheit vorzulegen. 

www.gew.de, www.fzs.de

WAS AUF UNS ZUKOMMT

Bologna-Prozess

Im Bologna-Prozess haben sich 46 europäische Staaten innerhalb und außerhalb der Europäischen Union auf den Aufbau eines Europäischen Hochschulraums bis 2010 verständigt. Die europaweite Einführung eines vergleichbaren Systems von Hochschulabschlüssen (Bachelor und Master) und die Förderung der Mobilität von Studierenden und Wissenschaftlern gehören zu den Zielsetzungen. Seit 2001 steht auch die soziale Dimension auf der Agenda: Die Länder sind bis zum Jahr 2009 aufgefordert, einen Aktionsplan zu diesem Thema zu erarbeiten. 

Mehr als Trinkgeld

Junge Leute und die Gastronomie – Gerd-Joachim Langecker über die Broschüre »Stimmt so!«

Die Arbeit im Hotel- und Gaststättengewerbe ist gerade bei Studierenden und SchülerInnen wegen der sehr flexiblen Arbeitszeitgestaltungen beliebt. Gearbeitet wird vorwiegend am Abend und an den Wochenenden – wenn Schule oder Studium Pause haben. »Stimmt so« – das ist ein Satz, den man als Beschäftigter im Hotel- und Gastgewerbe gerne hört: Ist doch das Trinkgeld oftmals wesentlicher Bestandteil des Verdienstes und Ausdruck des Respekts der Gäste.

Die Kehrseite der Medaille: Saisonarbeit – und damit Arbeitszeit – ist, wenn andere Urlaub machen. Man wird kurzfristig zum Dienst gerufen – und abbestellt. Ange-trunkene Gäste vergessen ihren Anstand. Feierabend ist, wenn der letzte Gast gegangen ist.

Dazu kommt: Nur selten gibt es jemanden, den man fragen kann, ob das, was der

Chef sagt, tatsächlich stimmt. Ob man sich nur ungerecht behandelt fühlt oder ob man ungerecht behandelt wird. Die Beine schmerzen, bei der Abrechnung tauchen Fehler auf, im schlimmsten Fall gibt's sogar Streit ums Trinkgeld.


»Stimmt so« heißt daher auch die neu überarbeitete Broschüre der jungen NGG und der DGB-Jugend für SchülerInnen und Studierende, die in der Gastronomie beschäftigt sind. Viele junge Leute in der Gastro-Branche wissen kaum über ihren Status als Jobber und demzufolge über ihre Rechte am Arbeitsplatz Bescheid.

Unter den fast eine Million Beschäftigten der Branche finden sich viele SchülerInnen, Studierende und geringfügig Beschäftigte. Teildienste, Arbeit auf Abruf und durchgearbeitete Nächte gehören zu ihrem Alltag und führen zu Stress mit dem Arbeitgeber – der oft annimmt, dass Aus-

hilfen jederzeit für die Arbeit bereit stehen müssten.

Müssen sie aber nicht – wenn im Vorfeld per Arbeitsvertrag alles geregelt worden ist. Um Missverständnisse zu vermeiden, sind klare Regelungen die beste Alternative.

»Stimmt so« gibt Auskunft über Regelungen zu Arbeitszeiten, Krankheitstage, Urlaub, Arbeitsverträgen und weitere wertvolle Informationen über die Arbeit in den Branchen des Hotel- und Gastgewerbes. Wichtige weitere Themen sind Sozialversicherungspflicht, Steuern oder Einkommensgrenzen.

Damit ist die Broschüre ein nützlicher Helfer zum Lesen und Nachschlagen – denn nur, wer seine rechtlichen Möglichkeiten kennt, kann seine Rechte auch einfordern und seine Arbeitsbedingungen verbessern. 

Bestellungen und kostenloser Download:
www.dgb-jugend.de/neue_downloads/data/stimmso.pdf

Gerd-Joachim Langecker ist NGG-Bundesjugendsekretär.



WEBTIPP DES MONATS

Umweltschutz und Gewerkschaft – wie passt das zusammen? Sehr gut: Die Gewerkschaft ver.di hat mit Unterstützung der Bundesstiftung Umwelt 221 Betriebsräte aus 58 Handelsunternehmen zum betrieblichen Umweltschutz befragt: Umweltschutz steht ganz oben in den Betrieben, der Weiterbildungsbedarf ist hoch. Ergebnisse wie diese lassen sich auf der Internetseite »Öko Works« nachlesen. Denn betrieblicher Umweltschutz ist das Thema dieses gewerkschaftlichen Informationsdienstes. Betriebsräte haben auch hier Mitbestimmungsrechte nach dem Betriebsverfassungsgesetz. »Öko Works« ist aber auch für alle Beschäftigten und Auszubildende gedacht. Praxisnah, verständlich, und multimedial bietet die Plattform Betriebsvereinbarungen und Informationen zu Veranstaltungen, Seminaren und Netzwerken.

www.oeko-works.de



Wählen gehen lautet das Motto der DGB-Jugend Hamburg. Einen Überblick über sämtliche Aktivitäten insbesondere gegen Rechts angesichts der Bürgerschaftswahl am 24. Februar 2007 bietet nun eine eigene Internetseite mit dem schönen Titel:

www.bock-auf-wahl.de

Kostenloses Training: Die Civil Academy, ein Projekt des Bundesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement, bietet jungen Leuten zwischen 18 und 27 Jahren, die sich freiwillig gesellschaftlich engagieren, ein kostenloses Training für professionelle Projektarbeit. Bewerbungsschluss ist der 9. März 2008.

www.civil-academy.de/bewerbung.htm

Duale Ausbildung: Wie funktioniert sie eigentlich? Welche Institutionen sind wichtig? Auf diese und andere Fragen geben neue Broschüren des Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) Antworten.

www.bmbf.de/publikationen/2711



Mit Anhang: Angesichts der geringen Geburtenrate insbesondere von Akademikerinnen wird neuerdings die Frage aufgeworfen, ob Frauen mit hohen Bildungsaspirationen eine Familiengründung nicht schon während des Studiums planen sollten. Die Frage nach der Vereinbarkeit eines Studiums mit Kind ist der zentrale Gegenstand des Buches »Studieren mit Kind«.



Waltraud Cornelißen, Katrin Fox (Hg.): *Studieren mit Kind*, Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2007, 194 S., EUR 26,90

IMPRESSUM

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Verantwortlich für den Inhalt:
Ingrid Sehrbrock

Herausgeber:
DGB-Bundesvorstand, Ber. Jugend, Henriette-Herz-Platz 2, 10178 Berlin, Tel.: 030 / 240 60 172, Fax: -409

E-Mail:
jkiontke@web.de

Internet:
www.dgb-jugend.de

Druck:
PrintNetwork PN GmbH

Redaktion:
Jürgen Kiontke

Grafik:
Heiko von Schrenk

Aboverwaltung:
Daniela Linke, Tel.: 030 / 240 60 166, E-Mail: daniela.linke@dgb.de

Gefördert aus Mitteln des Kinder- und Jugendplans des Bundes (BMFSFJ)

Alle Anbieter von Beiträgen, Fotos und Illustrationen stimmen der Nutzung im Internet zu.

HATTINGEN – SEMINARE

Was ist Organising? Diese Strategie ist in aller Munde, vor Veranstaltungen kann man sich gar nicht mehr retten und berichtet wird auch viel darüber. Aber was bedeutet es konkret für Gewerkschaftsaktive? Dieses Seminar soll einen Einstieg für Interessierte bieten, die schon immer wissen wollten, was es mit diesem Konzept auf sich hat und wie man damit betriebliche, gewerkschaftliche und gesellschaftliche Stärke aufbaut.

11. bis 13. April 2008. DGB-Jugendbildungszentrum Hattingen, Buchungscode ORG 8734

Konfliktmanagement und Mediation: Hauen, schlagen, schreien – Konflikte und Meinungsverschiedenheiten kennt jeder. Und: Wer seine Interessen – womöglich per Gewerkschaft – offensiv vertritt, für den ist Krach quasi vorprogrammiert.

Dieses Schnupperseminar der Reihe »Kreativ Konflikte lösen« wird sich mit Methoden und Strategien des konstruktiven Konfliktmanagements beschäftigen. Praxisbeispiele der Teilnehmenden spielen hierbei eine große Rolle.

21. bis 25. April 2008. DGB-Jugendbildungszentrum Hattingen, Buchungscode KMM 8713

Anmeldungen: www.dgb-jugendbildung.de

Abo-Coupon

ausschneiden und im Fensterumschlag an die untenstehende Anschrift schicken.

An den
DGB-Bundesvorstand, Ber. Jugend
Soli aktuell
Henriette-Herz-Platz 2
10178 Berlin



Ich möchte monatlich ___ Exemplar(e) bestellen.

vorname	name
organisation	funktion
straße	nummer
plz	ort
unterschrift	